5.4.3 EINBÜRGERUNGSVERHALTEN

Der Einbürgerung wird von vielen Seiten ein hohes Integrationspotenzial zugesprochen (z. B. bereits Lämmermann 2009: 289). Sie lässt sich aus dieser Perspektive als Meilenstein der individuellen Integration (ebda.: 296) ansehen, da sie von bestimmten „Integrationsleistungen" (z. B. ausreichenden Deutschkenntnissen) abhängt.

Die Einbürgerung vermittelt ausländischen Personen die vollumfänglichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten, ermöglicht ihre umfassende rechtliche Integration und erlaubt ihnen alle politischen Partizipationsmöglichkeiten wie die Teilnahme an Bundestags- oder Landtagswahlen.

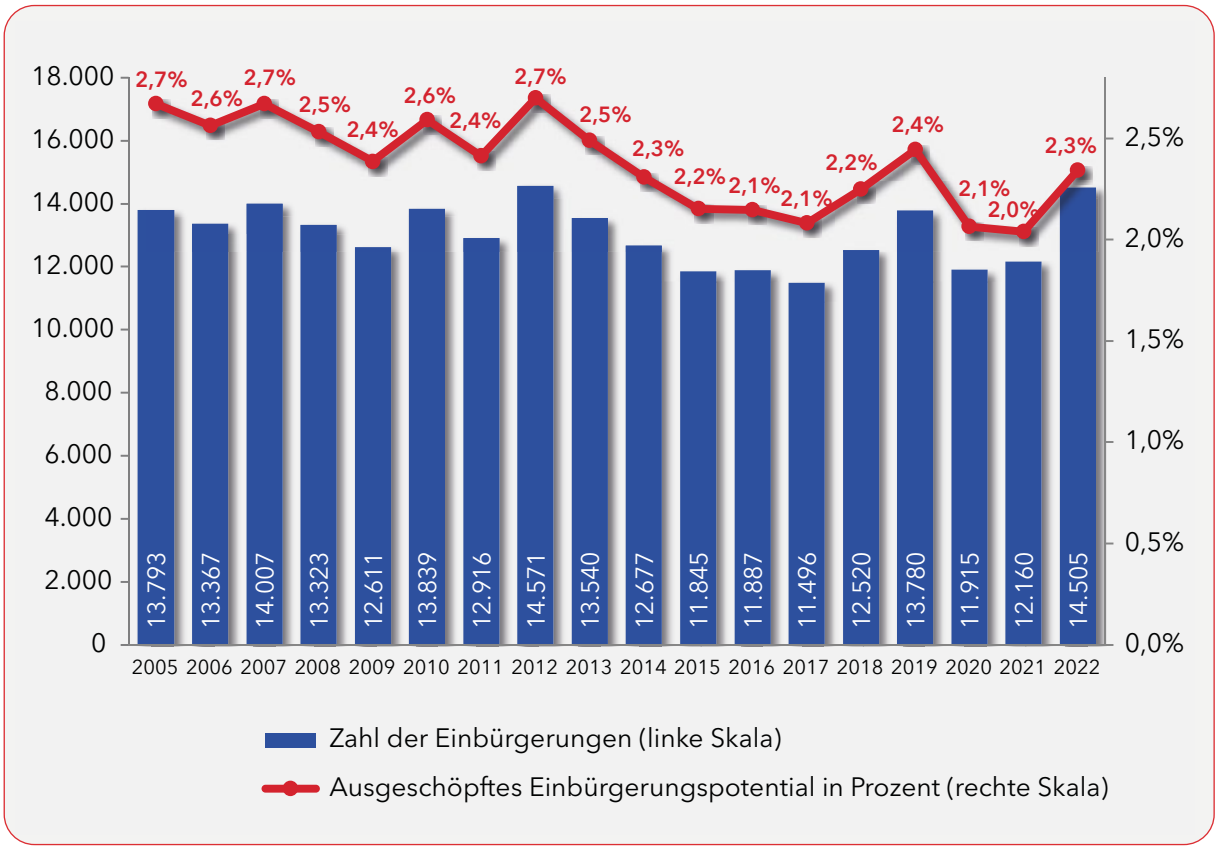
Eine Einbürgerung kann auch als Ausdruck der Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland gedeutet werden. Gleichwohl sind die persönlichen Motive, sich einbürgern zu lassen, vielfältig (z. B. Heckmann 2015; Schneider 2021; Tonassi/Wittlif 2023).

Anfang 2024 hat der Bundesrat die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts beschlossen. Kern der Gesetzesreform sind die Ermöglichung der Mehrstaatigkeit für alle Eingebürgerten, die Verkürzung der Mindestaufenthaltsdauer von acht auf fünf Jahre (bei besonderen Integrationsleistungen auf drei Jahre) und die Senkung der erforderlichen Sprachnachweise und Abschaffung der Einbürgerungstests für ältere Menschen. Nach einer Studie des DeZIM (Siegel et al. 2023) steht die Bevölkerung den Reformvorschlägen teilweise positiv, teilweise kritisch gegenüber.

F6 Einbürgerungsverhalten (IntMK B2a und 2b)

Definition
Zahl der Einbürgerungen und ausgeschöpftes Einbürgerungspotenzial (Quote der jährlichen Einbürgerungen bezogen auf alle ausländischen Personen zum 31.12 des Vorjahres mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens acht Jahren)

Datenquellen
Einbürgerungsstatistik, Ausländerzentralregister



Einbürgerungen und ausgeschöpftes Einbürgerungspotenzial in Hessen 2005 bis 2022

Insgesamt lebten 2022 rund 316.000 Eingebürgerte in Hessen, von denen gemäß dem Mikrozensus über drei Viertel selbst zugewandert sind.

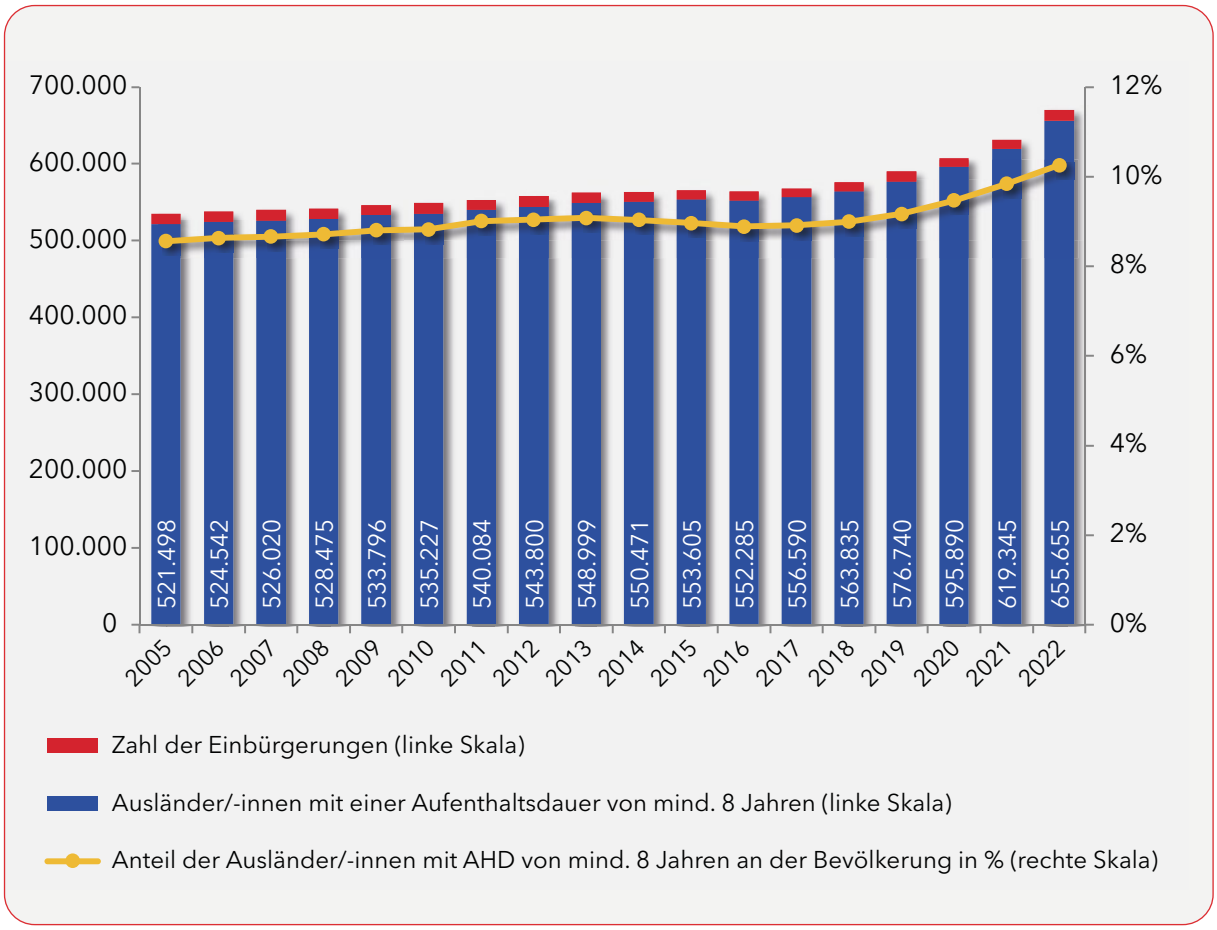
2022 ließen sich 14.505 Ausländerinnen und Ausländer in Hessen einbürgern. Die Eingebürgerten stammten aus 110 Nationen, die meisten aus Syrien, der Türkei, Rumänien, Polen und Afghanistan. 71 % der Eingebürgerten behielten ihre bisherige Staatsbürgerschaft bei.[157]

Allerdings stellen diese Eingebürgerten nur einen kleinen Teil der grundsätzlich Einbürgerungsberechtigten dar. Deren Zahl lag in Hessen im Jahr 2022 bei ca. 656.000.

Das sog. ausgeschöpfte „Einbürgerungspotenzial" setzt die Einbürgerungen des jeweiligen Jahres ins Verhältnis zur Zahl aller Ausländerinnen und Ausländer mit einem Anspruch auf Einbürgerung. Dieser bedingt eine Aufenthaltsdauer

157 Das damalige Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) folgte dem Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit, d. h. Eingebürgerte mussten i.d.R. ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben. Nach §12 StAG gab es allerdings mehrere Ausnahmeregelungen, die Mehrstaatigkeit erlaubten, bspw. für EU-Bürgerinnen und -Bürger (s. Statistisches Bundesamt 2021f: 4).

in Deutschland von mindestens acht Jahren, außerdem müssen weitere persönliche Voraussetzungen erfüllt sein.[158] In Hessen liegt die Quote aktuell bei 2,3 % (s. rote Linie der Grafik auf der vorigen Seite) und damit etwas niedriger als der Bundesdurchschnitt (zum Vergleich der Einbürgerungsquoten der Bundesländer s. Integrationsministerkonferenz 2023: 42ff.).



Tatsächliche Einbürgerungen und Einbürgerungspotenzial in Hessen 2005 bis 2022

Im Berichtszeitraum ließen sich zunächst jährlich um die 13.000 Ausländerinnen und Ausländer in Hessen einbürgern. Nach Erreichen der Höchstzahl von über 14.500 im Jahr 2012 fiel die Zahl bis 2017 kontinuierlich auf etwa 11.500, was einem historischen Tiefstand entspricht. 2018 und 2019 war wieder ein spürbarer Anstieg auf über 13.800 zu beobachten, der u.a. durch vermehrte Einbürgerungen von britischen Staatsangehörigen infolge des Brexit bedingt war. Die rückläu-

158 Zu diesen weiteren Voraussetzungen zählen: ausreichende deutsche Sprachkenntnisse, Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland, Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Werteordnung des Grundgesetzes (Einbürgerungstest), eine Aufenthaltserlaubnis, die zu einer Einbürgerung berechtigt, Sicherstellung des Lebensunterhaltes ohne öffentliche Leistungen, keine strafrechtlichen Verurteilungen, Aufgabe oder Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit. Eine erfolgreiche Teilnahme an einem BAMF-Integrationskurs verkürzt die notwendige Aufenthaltsdauer auf sieben Jahre; bei besonderen Integrationsleistungen (z. B. dem Nachweis sehr guter Deutschkenntnisse) ist eine Verkürzung auf sechs Jahre möglich. – Als Berechnungsgrundlage werden die Ausländerzahlen des Vorjahres herangezogen.

figen Zahlen 2020 und 2021 sind andererseits auf längere Bearbeitungszeiten infolge der Corona-Pandemie zurückzuführen[159]. 2022 stiegen die Einbürgerungszahlen wieder, wahrscheinlich aufgrund von Nachholeffekten nach der Corona-Pandemie sowie wegen der vermehrten Einbürgerungen von 2015/2016 zugezogenen syrischen Personen; ihre Zahl verdoppelte sich im Vergleich zum Vorjahr. Damit machten sie 19 % aller Eingebürgerten aus.

Die folgende Tabelle bietet nähere Informationen zum Einbürgerungspotenzial nach Staatsangehörigkeit. Es wird deutlich, dass viele von ihnen EU-Ausländer („nichtdeutsche Unionsbürger") sind, die – anders als Drittstaatsangehörige – u.a. bereits das Recht auf Freizügigkeit und wirtschaftliche Betätigung, das Kommunalwahlrecht am Wohnort sowie das Diskriminierungsverbot (Verbot jeglicher rechtlichen Schlechterstellung gegenüber Deutschen) genießen. Dies könnte ein Grund dafür sein, dass die Anreize für EU-Ausländerinnen und -Ausländer, sich einbürgern zu lassen, vergleichsweise gering sind.

Vor dem Hintergrund der im Vorspann genannten Partizipationsmöglichkeiten, die eine Einbürgerung bietet, werden die Einbürgerungszahlen der letzten Jahre in der politischen Diskussion als steigerungsfähig angesehen. Etliche Städte und Länder haben Einbürgerungskampagnen gestartet; in Hessen läuft seit 2016 eine Kampagne mit dem Titel: „Hessen und ich – DAS PASST!" (siehe https://einbuergerung.hessen.de). In diesem Kontext werden auch zentrale Einbürgerungsfeiern des Landes durchgeführt.[160] Ein weiterer Baustein der Kampagne ist das Pilotprojekt „Einbürgerungslotsin – Einbürgerungslotse" in der nordhessischen Gemeinde Lohfelden. Dort beraten eigens geschulte ehrenamtliche Einbürgerungslotsinnen und -lotsen Personen, die über eine Einbürgerung nachdenken, und bieten wichtige Hilfestellungen.

Staatsangehörigkeit	Anzahl der Personen mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens 8 Jahren
Türkei	136.605
Italien	56.740
Polen	50.245
Kroatien	32.075
Griechenland	27.010
Rumänien	26.965
Bulgarien	22.265
Serbien (m. und o. Kosovo)	19.420
Spanien	17.670
Bosnien und Herzegowina	14.935
sonstige Staatsangehörigkeiten	251.725
Insgesamt	**655.655**

Die zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens acht Jahren nach Staatsangehörigkeit 2022
Quelle: Ausländerzentralregister

Weiterführende Literatur
Albrecht/Panchenko (2023); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2019; 2021b, 2021c); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2024e); Gülzau et al. (2022); Gülzau (2023b); Heckmann (2015); ifo Institut (2020); Kosykova/Damelang (2024); Niehues/Tanis (2023); Sachverständigenrat für Integration und Migration (2021c), Schneider (2021); Siegel et al. (2023); Statistisches Bundesamt (2022d, 2024d); Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (2020); Thränhardt (2017); Tonassi/Wittlif (2023); Worbs/Baraulina (2017)

→ Tabellen F6 im Online-Anhang

159 Das Regierungspräsidium Darmstadt ist eine der größten Einbürgerungsbehörden Deutschlands. Das dortige Dezernat war coronabedingt zeitweise stark in den Infektionsschutz eingebunden, daher konnten die Einbürgerungsanträge nur verzögert bearbeitet werden.

160 Ausführlicher dazu siehe https://einbuergerung.hessen.de/veranstaltungen/